

# Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften – Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell<sup>1</sup>

Timm Beichelt, Michael Minkenberg  
Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

## 1. Dimensionen des Rechtsradikalismus: vergleichende Konzepte und Perspektiven

Obwohl die Prozesse der politischen und gesellschaftlichen Transformation in den Staaten des postsozialistischen Europa mittlerweile auf breiter Front erforscht werden, gibt es immer noch Bereiche, die nur sehr schwach ausgeleuchtet sind. Dies gilt auch für das Phänomen des Rechtsradikalismus, und zwar insbesondere für sein Erscheinungsbild, seine Verbindungen zum Transformationsprozess und seinen Einfluss auf die Konsolidierung der Demokratie. Manchmal wird das Aufleben rechtsradikaler Umtriebe im östlichen Europa<sup>2</sup> mit dem Zwischenkriegsfaschismus verglichen, etwa wenn von einer "Weimarisierung" der Transformationsstaaten und einer Rückkehr der vorsozialistischen, ultranationalistischen oder eben der faschistischen Vergangenheit gesprochen wird.<sup>3</sup> Eine andere Deutung unterstellt, die Parteiensysteme des östlichen Europa ähnelten in zunehmendem Maße den westeuropäischen, und dies gelte auch für rechtsradikale Parteien.<sup>4</sup> Demgegenüber hat einer der Autoren an anderer Stelle geltend gemacht, den Rechtsradikalismus in postsozialistischen Gesellschaften als Phänomen "sui generis" zu sehen, das vor allem historisch über den Staatssozialismus und die anschließende Transformationsperiode zu verstehen sei.<sup>5</sup> Mit Hilfe dieser Vorarbeiten möchten wir im folgenden versuchen, einen kohärenten Ansatz zur Erforschung des Rechtsradikalismus im Postsozialismus vorzulegen. Insbesondere soll dabei eine gleichzeitig theoretische und vergleichende Perspektive angelegt werden, mit der sich Phänomene des Rechtsradikalismus analysieren und erklären lassen.

Viele erklärende Ansätze in der Rechtsradikalismusforschung enthalten modernisierungstheoretische Elemente.<sup>6</sup> Es wird argumentiert, Rechtsradikalismus sei ein Produkt raschen sozialen und kulturellen Wandels in modernen Gesellschaften. Rechtsradikalismus wäre demnach ein Protest

---

<sup>1</sup> Für Kommentare zu früheren Fassungen dieses Aufsatzes danken die Autoren Dieter Segert (Berlin), Valerie Bunce (Ithaca, NY), Cas Mudde (Edinburgh) sowie Teilnehmern des Panels "Regime Transition and the Radical Right in Central and Eastern Europe" des Annual Meeting der "American Political Science Association" in San Francisco (2001).

<sup>2</sup> Der Begriff des "östlichen Europa" bezieht sich auf das gesamte postsozialistische Europa, d.h. auf Mittel-, Südost- und Osteuropa. Analog sind mit "westlichem Europa" die Staaten Nord-, West- und Südeuropas gemeint.

<sup>3</sup> Walter Laqueur, *Fascism. Past, Present, Future*. Oxford 1996.

<sup>4</sup> Cas Mudde, *Extreme Right Parties in Eastern Europe*, in: *Patterns of Prejudice*, Jg. 34 (1), 2000, S. 5-27.

<sup>5</sup> Michael Minkenberg, *The Radical Right in Post-socialist Central and Eastern Europe. Comparative Observations and Interpretations*, in: *East European Politics and Society*, 2002 (im Erscheinen).

<sup>6</sup> Vgl. hierzu Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. Opladen/Wiesbaden 1998, Kap. 1.

gegen (sozialen und kulturellen) Wandel und vor allem gegen dessen Richtung. Das Argument, der Zulauf zu und die Unterstützung von rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien habe mit Transformationskosten zu tun, scheint zunächst überzeugend. Hinzu kommt jedoch, dass wichtige Kontextfaktoren beachtet werden müssen, die sich durchaus von denjenigen in Westeuropa unterscheiden. Darunter sind unterschiedliche Ausprägungen der wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse in einzelnen Ländern, nationale Traditionen und historische Konfigurationen sowie Konfliktstrukturen und Parteiensysteme.

Für den Text wurden sechs Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas ausgewählt. Einige haben den Weg der Konsolidierung der Demokratie eingeschlagen (Polen, Tschechien, Ungarn). Andere haben noch während der letzten Jahre einige (Bulgarien, Rumänien) oder große Schwierigkeiten (Rußland) bei der Verfestigung der Demokratie gehabt. Die meisten mitteleuropäischen Staaten verfügen über eine schnell wachsende Wirtschaft. Bulgarien und Rumänien waren in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit einer zweiten Transformationskrise konfrontiert, während Rußland nach Meinung einiger Beobachter die tiefste Wirtschaftskrise der Weltgeschichte durchlaufen hat.<sup>7</sup> Außerdem können die ausgewählten Länder auch hinsichtlich unterschiedlicher Modi der Nationensbildung unterschieden werden. Insgesamt soll mit der Fallauswahl der Unterschiedlichkeit der Ausgangsbedingungen und Transformationspfade im postsozialistischen Europa wenigstens ansatzweise Rechnung getragen werden.

Zur Erfassung des Rechtsradikalismus in vergleichender Perspektive erscheint die Anbindung an ein theoretisches Konzept sinnvoll.<sup>8</sup> So kann Rechtsradikalismus nach William Kornhauser durch steigende Gesetzlosigkeit und Auflösung der sozialen Ordnung ("Anomie") in modernen Massengesellschaften erklärt werden.<sup>9</sup> Seymour M. Lipset hat diese These dahingehend spezifiziert, daß Faschismus hauptsächlich eine Bewegung der Mittelklasse sei, in denen der Protest gegen Kapitalismus *und* Sozialismus, gegen „big business“ *und* große Gewerkschaften repräsentiert sei. Lipset entwickelte diese These des "Extremismus der Mitte" später weiter, indem er die entscheidende Rolle von Statusgefährdung und relativer Deprivation bei der Mobilisierung von Rechtsradikalismus herausarbeitete.<sup>10</sup>

Ein entsprechendes Erklärungsmodell rechtsradikaler Mobilisierung haben bereits in den sechziger Jahren Erwin Scheuch und Hans-Dieter Klingemann vorgelegt.<sup>11</sup> Dort wird darauf hingewiesen, daß sich die widersprüchlichen Anforderungen an das Individuum in Zeiten raschen sozialen Wandels aus den funktionalen Erfordernissen der modernen Arbeitswelt und Öffentlichkeit einerseits und den eher traditionellen Werten und Verhaltensweisen der Alltagswelt andererseits ergeben. Modernisierungsprozesse haben demnach auf der gesellschaftlichen wie einer persön-

---

<sup>7</sup> Hans-Jürgen Wagener, Warum hat Rußland den Zug verpaßt? in: *Leviathan*, Jg. 29 (1), 2001, S. 110-140.

<sup>8</sup> Damit soll die Auflistung von Merkmalen wie auf einer "Einkaufsliste" vermieden werden. Vgl. hierzu Cas Mudde, The war of words defining the extreme right party family, in: *West European Politics*, Jg. 19 (2), 1996, S. 225-248.

<sup>9</sup> William Kornhauser, *The Politics of Mass Society*. New York 1959.

<sup>10</sup> Seymour M. Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*. Baltimore 1981. Für die Weiterentwicklung vgl. Seymour Martin Lipset / Earl Raab, *The Politics of Unreason: Right-wing Extremism in America, 1790-1977*. Chicago 1978.

<sup>11</sup> Erwin Scheuch / Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Jg. 12 (1967), S. 11-29.

lich-individuellen Ebene Implikationen. "Auf der Ebene von Gesellschaftsstruktur heißt Modernisierung funktionale Differenzierung, verbunden mit der Rationalisierung und Autonomisierung von Teilsystemen; auf der Ebene des Individuums heißt Modernisierung Ich-Zentrierung, verbunden mit Statuserwerb und Rollenflexibilisierung".<sup>12</sup> In dynamischen Industriegesellschaften wird Rechtsradikalismus daher auch – so Scheuch und Klingemann – als "normale Pathologie" angesehen. In Zeiten einer Glaubwürdigkeitskrise der etablierten Politik können subjektiv verunsicherte Personen vor allem von denjenigen politischen Bewegungen angesprochen werden, die eine Auflösung dieser Spannungen durch ein simplifiziertes Politikangebot versprechen. Während viele radikale Reaktionen auf die Zumutungen der Modernisierung möglich sind, zeichnen sich radikale Rechte durch die Übernahme einer bestimmten Ideologie aus, nämlich der "Romantisierung der letzten stabilen Periode vor Beginn der 'Moderne'".<sup>13</sup>

Im Lichte dieser Überlegungen soll daher zur Untersuchung des Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften mit einer Definition gearbeitet werden, die sowohl eine ideologische wie auch eine soziale Dimension enthält: Rechtsradikalismus ist eine politische Ideologie, die im Kern aus einem Mythos in Form eines populistischen und romantischen Ultrationalismus besteht und mit der sozialer Wandel rückgängig gemacht werden soll.<sup>14</sup> Das Gegenkonzept zu sozialer Differenzierung ist die national definierte Gemeinschaft, das Gegenkonzept zu Individualisierung die Rückkehr zu traditionellen Rollen und eindeutigen Statuszuweisungen des Individuums in solchen Gemeinschaften. Es ist die Überbetonung – oder die Radikalisierung – von sozialer Homogenität, die rechtsradikales Denken charakterisiert. Hierbei wird die Existenz einer homogenen Nation postuliert, deren Interessen vor denjenigen des Individuums und dessen bürgerlichen Rechten Vorrang haben.<sup>15</sup>

Damit ist rechtsradikales Denken zwar nicht grundsätzlich gegen die liberale und pluralistische Demokratie gerichtet. Der nationale Mythos ist allerdings dadurch charakterisiert, daß die Zugehörigkeit zur Nation über radikalisierte ethnische, religiöse, sprachliche sowie andere kulturelle oder politische Kriterien definiert wird. Ob also rechtsradikale Kräfte eine bestehende Demokratie in Frage stellen, bleibt Gegenstand empirischer Überprüfung. Rechtsradikale sprechen sich nicht prinzipiell gegen die Demokratie aus, verstehen diese aber im Sinne einer Ethnokratie.<sup>16</sup>

Neben diesen Überlegungen zur Ideologie scheint es weiterhin wichtig, organisationelle und strukturelle Unterschiede des Rechtsradikalismus zu berücksichtigen. Innerhalb der ideologi-

---

<sup>12</sup> Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und die USA im Vergleich*. Frankfurt (Main) 1994, S. 54.

<sup>13</sup> Scheuch/Klingemann 1967, S. 23.

<sup>14</sup> Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen/Wiesbaden*, 1998, S. 35-47. Mit dieser Definition wird dem Ansatzpunkt einiger einschlägiger Arbeiten (z.B. Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York 1994 oder Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor 1995) widersprochen, in der aufgrund breiter Definitionskriterien auch populistische Bewegungen oder Parteien als Rechtsradikale begriffen werden.

<sup>15</sup> Siehe auch Michael Minkenberg, *The Renewal of the Radical Right: Between Modernity and Anti-Modernity*, in: *Government and Opposition*, Jg. 35 (2000), S. 170-188 und Cas Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester 2000, Kap. 7.

<sup>16</sup> Roger Griffin, *Home truths: The contemporary struggle between democracy and ethnography in Europe*. Beitrag zur International Conference on Racism, Ideology and Political Organization, Stockholm (Dec.5-7), 1997.

schen "Familie"<sup>17</sup> können sich rechtsradikale Kräfte als Parteien oder Bewegungen organisieren. Hier ist zu fragen, unter welchen Bedingungen das eine oder das andere geschieht und welche Verbindung zwischen Organisationsform und Mobilisierungsbemühungen besteht. Klar ist, dass Parteien und Wahlkampforganisationen mit ihren Mobilisierungsanstrengungen nach öffentlichen Ämtern streben, während Bewegungsorganisationen zwar ebenfalls um öffentliche Unterstützung buhlen, aber weniger die politische Sphäre zum Gegenstand ihrer Bemühungen machen. Die Bewegungen zeichnen sich durch ein Angebot von "interpretativen Rahmen"<sup>18</sup> an, mit denen spezifische Probleme – z.B. die Gefährdung einer vermeintlichen nationalen Identität durch ethnisch oder kulturell andersartige Gruppen – aus ihrer Sicht gelöst werden können. Von Parteien und sozialen Bewegungen sind drittens kleinere Gruppen und soziokulturelle Milieus zu trennen. Diese weisen keine oder höchstens schwache formelle Strukturen auf, können sich aber in netzwerkartigen Beziehungen zu organisierten Gruppen oder Parteien befinden. Sie machen damit ein "MikroMobilisierungspotential" der radikalen Rechten aus,<sup>19</sup> dem häufig extremere (z.B. gewalttätige) Tendenzen als organisierten Rechtsradikalen zugeschrieben werden können.

## 2. Rechtsradikalismus im postsozialistischen Europa: konzeptionelle Überlegungen

Die Anwendung eines Konzepts, das in erster Linie im Hinblick auf die radikale Rechte in westlichen Demokratien entwickelt wurde, setzt eine gewisse Vergleichbarkeit der Regionen des westlichen und östlichen Europa voraus. Gemeinsamkeiten bestehen seit 1989/1991 in vielerlei Hinsicht, so z.B. bei der Referenz zum Herrschaftsmodell der Demokratie. Aber auch andere politische, soziale und kulturelle Faktoren sind zumindest nicht grundverschieden: beim Christentum, der Aufklärung, der Industrialisierung und der Idee des Nationalstaats handelt es sich um gesamteuropäische Vermächtnisse, die der Eiserner Vorhang nicht beseitigen konnte. Vor allem das für die Analyse des Rechtsradikalismus zentrale Element der raschen Modernisierung ist im Element der wirtschaftlichen und sozialen Transformation zweifellos gegeben. Dennoch gibt es natürlich vielerlei Abstufungen zum westeuropäischen Phänomen, und das erfordert konzeptuelle Anpassungen.

Dies gilt zunächst für die Modernisierung selbst. Die simultan stattfindenden Prozesse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation verändern die Optionen der radikalen Rechten.<sup>20</sup> Erstens ist die Modernisierung damit umfassender als in den westlichen Vergleichsländern. Die Modernisierungskosten sind höher, die Mobilisierungschancen steigen. Zweitens ver-

---

<sup>17</sup> Klaus von Beyme, *Parteien in westlichen Demokratien*. München 1984. Siehe auch Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt 1994.

<sup>18</sup> Siehe hierzu Sidney Tarrow, *Power in Movement*, Cambridge, 1994, S. 122.

<sup>19</sup> Siehe Werner Bergmann, Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben, in: Werner Bergmann / Rainer Erb (Hrsg.), *Neonazismus und rechte Subkultur*, Berlin 1994, S. 183-207.

<sup>20</sup> Vgl. für das folgende Klaus von Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt 1994.

schwand mit dem Untergang des Sozialismus nicht nur ein Herrschaftssystem. Auch seine Rechtfertigungsideologie wurde in Mitleidenschaft gezogen, so dass linke Ideologien zunächst nur noch bedingt anschlussfähig sind. Dem steht jedoch die Flankierung der Legitimitätslücke zu sozialistischen Zeiten durch nationale Kommunismen in einigen Satellitenstaaten der Sowjetunion entgegen. Von den dabei entstandenen Rechtfertigungsmustern profitiert noch heute die radikale Rechte. Drittens verursacht der komplette Austausch eines Gesellschaftssystems ein hohes Maß an sozialer Desorientierung und Ambivalenz, was sich auch in den Einstellungen gegenüber den neuen Ordnungen niederschlägt. Eine gefestigte demokratische politische Kultur gibt es in noch keinem Staat des postsozialistischen Europa, und damit besteht ein großer Aktionsradius für radikale Kräfte jeglicher Couleur. In mehrererlei Hinsicht erscheinen also die Gelegenheitsstrukturen für rechtsradikale Kräfte günstiger als in Westeuropa. Auch wird klar, daß ein wichtiges Movens für die radikale Rechte in westlichen Demokratien, nämlich die Positionierung gegen Entwicklungen der postindustriellen Gesellschaft<sup>21</sup>, fast vollständig fehlt.

Einen weiteren fundamentalen Unterschied stellt die Erfahrung des Staatssozialismus und das weitgehende Fehlen vorsozialistischer Demokratieerfahrungen dar. Rechtsradikale Kräfte können sich dadurch auf autokratische oder sozialistische Epochen beziehen, ohne daß Gegenbeispiele "guter" Herrschaftsformen aus der jeweils nationalen Geschichte zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund sind Vorschläge gemacht worden, die rechtsradikalen Parteien des östlichen Europa hinsichtlich ihrer Entstehungszeit zu klassifizieren.<sup>22</sup> Cas Mudde etwa schlägt vor, vorkommunistische, kommunistische und post-kommunistische Parteien zu unterscheiden. Als vorkommunistische rechtsradikale Gruppierungen, d.h. Gruppen mit historischen Bezügen zur vorsozialistischen Periode, identifiziert er z.B. *Pamjat'* in Russland oder die *Polnische Nationale Gemeinschaft – Polnische Nationale Partei* (PWN-PSN) in Polen. Kommunistische rechtsradikale Parteien sind durch die Kombination von Ultrationalismus und Nostalgie für die kommunistische Periode gekennzeichnet (z.B. die rumänische *Partei Großrumänien*), während es vor allem die postkommunistischen Parteien wie z.B. die russischen *Liberaldemokratien* (LDPR) sind, die sich auf "aktuelle Themen" beziehen. Nach unserer Ansicht ist eine solche Einteilung jedoch ideologisch nicht hinreichend spezifiziert. Es macht sicher Sinn, Parteien hinsichtlich ihrer historischen Wurzeln zu gruppieren. Rechtsradikale Parteien im postsozialistischen Europa weisen jedoch unabhängig von ihren historischen Wurzeln starke oder schwache Bezugspunkte zu vergangenen Regimeformen auf,

Deswegen ziehen wir es vor, die historischen Referenzpunkte rechtsradikaler Gruppierungen anhand der Programmatik, nicht jedoch anhand der Existenz einer Vorgängerorganisation zu markieren. Ideologisch können sich Gruppierungen sowohl an historischen Vorbildern wie auch an "aktuellen Themen" orientieren. Historisch lassen sich faschistisch-autokratische sowie kommunistisch-nationalistische Regimes als Bezugspunkte unterscheiden. Themenbezüge lassen sich im Hinblick auf vorwiegend ethnozentristisch (oder rassistisch) argumentierende Gruppen

---

<sup>21</sup> Siehe hierzu etwa Betz 1994, S. 169-189; Piero Ignazi, The silent counter-revolution: Hypothese on the emergence of right-wing parties in Europe, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 22 (1992), S. 3-34.

<sup>22</sup> Cas Mudde, Extreme Right Parties in Eastern Europe, in: *Patterns of Prejudice*, Jg. 34 (2000), S. 5-27 und Michael Shafir, Marginalization or mainstream? The extreme right in post-communist Romania, in: Paul Hainsworth (Hrsg.), *The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream*. London / New York 2000, S. 247-267.

sowie auf religiös-fundamentalistische Gruppen finden.<sup>23</sup> Es ergibt sich das Klassifikationschema aus Tabelle 1, welches zusammen mit der oben vorgenommenen Unterscheidung nach Organisationsformen – Parteien, Bewegungen, soziale Milieus (in der Tabelle nicht abgebildet) – das Raster zur Einordnung rechtsradikaler Gruppierungen im postsozialistischen Europa bilden. Die Tabelle steht in engem Bezug zur Definition des Rechtsradikalismus als einer ultranationalistischen Ideologie in Reaktion auf Modernisierungsprozesse. Die rechtsradikale Ideologie kristallisiert sich an konkreten historischen Bezugsformen und in programmatischer Hinsicht an aktuellen (modernisierungsbezogenen) Themen. Beide Aspekte sind konstitutiv für Rechtsradikalismus, wobei die Strahlkraft vergangener Herrschaftsregimes von Staat zu Staat unterschiedlich ist.

Tabelle 1: Dimensionen des Rechtsradikalismus im postsozialistischen Europa

		Historisch	
		Faschistisch-Autokratisch	Kommunistisch-nationalistisch
Aktuelle Konflikte	Ethnozentrisch bzw. rassistisch	(1)	(2)
	Religiös-fundamentalistisch	(3)	(4)

Wie lassen sich die rechtsradikalen Gruppierungen der betrachteten acht Länder einordnen? Beginnen wir mit den politischen Parteien. In Rußland wird der Parteiensektor von der *Liberaldemokratischen Partei* dominiert. Diese ist in Feld (1) als ethnozentrisch argumentierende Partei mit Begründungsbezügen zum zaristischen Rußland einzuordnen.<sup>24</sup> Neben diesem recht eindeutigen Fall werden von verschiedenen Beobachtern auch der *Kommunistischen Partei* (KPRF) rechtsradikale Züge zugeschrieben.<sup>25</sup> Die KPRF mit ihrem Gemisch aus imperialem Anspruch, nationalistischer Rhetorik und Kommunismusnostalgie gehört demzufolge in Feld (2) der Tabelle.

Nicht überall lassen sich jedoch so klare Zuordnungen treffen wie in Rußland. In Polen hat es seit 1989 mehrere rechtsradikale Parteien gegeben, die durch die Überhöhung der katholischen

<sup>23</sup> Um weitere Begriffe klar zu verorten: "faschistische" Gruppen sind demnach durch einen eindeutigen historischen Bezugspunkt charakterisiert, während "antisemitische" Gruppen in der Kategorie "ethnozentrisch bzw. rassistisch" anzusiedeln sind. Vgl. hierzu auch Minkenberg 1998, S. 237-245.

<sup>24</sup> Siehe Eberhard Schneider, Rechtsextrismus in Rußland, Berichte des BIOst 53/1995. Vgl. auch Judith Revlin, Slavophiles and Commissars. Enemies of Democracy in Modern Russia. New York 1999, S. 138-156.

<sup>25</sup> Christopher Williams / Stephen Hanson, National-Socialism, left patriotism, or superimperialism? The 'radical right' in Russia, in Sabrina Ramet (Hrsg.), The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989. University Park 1999, S. 257-277; Stephen Shenfield, Russian Facism: Traditions, Tendencies and Movements, New York 2000.

Tradition alle einen religiös-fundamentalistischem Einschlag haben. Dies gilt besonders für die *Christlich-Nationale Union* (ZChN) oder für die jüngst ins Parlament gewählte *Liga der Polnischen Familien* (LPR) – sie gehören in Feld (3) der Tabelle. Andere Parteien wie die *Nationale Front "Vaterland"* (SN 'Ojczyzna') integrieren zusätzlich antisemitische und xenophobische, insbesondere deutschenfeindliche Züge in ihr Programm. Historisch finden alle dieser Parteien Gefallen am autoritären Zwischenkriegsregime des Marschalls Piłsudski, wobei jedoch dessen Zeitgenosse Roman Dmowski als eigentlicher ideologischer Ideengeber gelten kann.<sup>26</sup>

In der Tschechischen Republik war bis zu den letzten Wahlen die Partei der *Republikaner* (SPR-RNČ) im Parlament vertreten. Die Republikaner unter ihrem Vorsitzenden Miroslav Sladek haben ein fremdenfeindliches Programm. Mangels eines vorsozialistischen autokratischen Regimes in der tschechischen Geschichte kann die SPR-RSČ nicht mit einem idealisierten historischen Idealregime aufwarten. Durch die ausgeprägten paternalistischen und korporatistischen Vorstellungen der Partei läßt sie sich am ehesten in Feld (1) der Tabelle unterbringen.<sup>27</sup> Die ungarische radikale Rechte wird von Istvan Csurkas *Gerechtigkeits- und Lebenspartei* (MIÉP) dominiert, die sich mit antisemitischen und biologisch-nativistischen Argumentationsmustern profiliert. Die programmatischen Bezüge zu ehemals ungarischem Boden, der nach dem Vertrag von Trianon heute unter rumänischer, serbischer, slowakischer und ukrainischer Hoheit steht, lassen historische Bezüge zu Großungarn einerseits und dem Regime der autoritären Zwischenkriegsführer Gombos und Horthy erkennen.<sup>28</sup>

In Rumänien macht der eigentümliche Charakter des Ceaușescu-Regimes eine Zuordnung zu historischen Phasen schwierig. Die *Partei Großrumänien* (PRM), die seit dem Jahre 2000 mit etwa 20% der Mandate im Abgeordnetenhaus eine der wichtigsten rechtsradikalen Partei der gesamten Region ist, findet Gefallen sowohl an der *Partida Nationala*, einer nationalistischen Bewegungen der 1830er-Jahre, an der faschistischen Ideologie der *Eisernen Garde* wie an dem Herrschaftsregime Ceaușescus. Hier ließen sich also Argumente sowohl für die Einordnung in Feld (1) wie auch in Feld (2) finden.<sup>29</sup> Abschließend sollte noch bemerkt werden, daß die rechtsradikale Parteienfamilie in Bulgarien nicht repräsentiert ist. Bisweilen genannt wird der *Bulgarische Business Block* (BBB) des Geschäftsmanns Georgi Gančev. Der Block, der 1994 und 1997 den Einzug ins Parlament schaffte, ist allerdings eher als populistische denn als genuin rechtsradikale Partei einzuordnen.<sup>30</sup>

Für die Organisationsformen soziale Bewegungen und soziale Milieus liegen im Vergleich zum

<sup>26</sup> Vgl. Aurel Braun, Poland: The Vanguard of Change, in Aurel Braun / Stephen Scheinberg, *The Extreme Right*. Boulder 1997, S. 185-200 sowie bei David Ost, *The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational*, in Sabrina Ramet, *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Pennsylvania 1999, S. 85-108.

<sup>27</sup> Vgl. L. Kreidl / K. Vlachova, *The Sociological Background of the Extreme-Right in the Czech Republic*, in *Sociologický Casopis*, Jg. 35 (1999), S. 335-354. **XXX muß noch überprüft werden: ist die Quelle authentisch ??**

<sup>28</sup> Zu Ungarn vgl. Laszlo Karsai, *The Radical Right in Hungary*, in Sabrina Ramet (Hrsg.), *The Radical Right in Central and Eastern Europe*. Pennsylvania 1999, S. 133-146.

<sup>29</sup> Michael Shafir, *Marginalization or mainstream? The extreme right in post-communist Romania*, in: Paul Hainsworth, *The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream*. London / New York 2000, S. 247-267.

<sup>30</sup> Michael Shafir, *Radical Politics in East Central Europe, Part V*, in: *RFE/RL East European Perspectives*, Jg. 2, Nr. 8, 19.4.2000.

Parteiensektor viel weniger gesicherte Informationen vor. Deswegen können hier nur erste Hinweise gegeben werden, die durch spätere Forschung ergänzt und zum Teil auch verifiziert werden muss.<sup>31</sup> In Rußland spielte die Bewegung *Pamjat'* (Erinnerung) schon zu Zeiten der Perestrojka eine unübersehbare Rolle. Bedeutender erscheint jedoch heute die *Russische Nationale Einheit* (RNE) mit einem harten Kern von angeblich 6.000 bewaffneten Mitgliedern und weiteren 30.000-50.000 Unterstützern.<sup>32</sup> Auch in Polen findet sich ein starker und teilweise gewalttätiger Bewegungssektor, der im vorinstitutionellen Raum agiert. Eine der größeren Gruppen ist etwa die von Boreslav Tejkovskij geführte *Polnische Nationalistische Union* (PWN-PSN), die über etwa 4.000 Mitglieder verfügt und die Anfang der 1990er-Jahre durch Angriffe auf jüdisches Eigentum bekannt wurde. In Polen ist zusätzlich von Bedeutung, daß der radikalen Rechten mit dem ultrakatholischen Sender *Radio Maryja* ein Medium zur Verfügung steht, welches Millionen von Hörern erreicht.<sup>33</sup> Neben diesen Bewegungsorganisationen gibt es in Polen eine wahrscheinlich weniger religiös-fundamentalistisch als rassistisch ausgerichtete Skinhead-Szene, deren Existenz auch die in Polen durchaus alltäglichen antisemitischen oder faschistischen Graffiti auf Gebäuden erklärt. Dies ist in der Tschechischen Republik ähnlich. Dort sind die Roma das bevorzugte Objekt rechtsradikaler Gewalt. Zwischen 1990 und 1998 sind dort 21 Menschen als Resultat xenophobisch motivierter Attacken gestorben, was unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl ein wesentlich höheres Ausmaß an rassistischer Gewalt bedeutet als im benachbarten Ostdeutschland.<sup>34</sup> Ohne daß hier weiter darauf eingegangen werden kann, bestehen auch in der Bulgarien und Rumänien derartige rechtsradikale Bewegungen und Milieus.<sup>35</sup>

### 3. Hypothesen zur Entstehung von Rechtsradikalismus im postsozialistischen Kontext

Welche Faktoren beeinflussen nun die Gelegenheitsstrukturen für die Mobilisierung der radikalen Rechten im postsozialistischen Europa? Unsere obigen Überlegungen legen nahe, hierzu die

---

<sup>31</sup> Vgl. hierzu Minkenberg 2002. Die Autoren beantragen derzeit ein Forschungsprojekt zum Thema Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften, in dem rechtsradikalen Bewegungen und Milieus besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Der Beitrag von Bernd Wagner in diesem Heft führt am Beispiel des Rechtsradikalismus in Ostdeutschland exemplarisch vor Augen, welche tiefgehende Kenntnisse zum Verständnis des nicht oder schwach organisierten Rechtsradikalismus nötig sind.

<sup>32</sup> Victor Parfenov / Marina Sergeeva, Russia: Showing Nationalist Grapes of Wrath, in: *Transitions*, Jg. 5 (1998), S. 34.

<sup>33</sup> Piotr Gluchowski, Ave Radio Maryja, in: *Transitions*, Jg. 6, Nr. 3 (1999), S. 70-74.

<sup>34</sup> Stanislav Penc / Jan Urban, Czech Republic: Extremist Acts Galvanize Roma Population, in: *Transitions*, Jg. 5, Nr. 7 (1998), S. 39-40. Allgemein zur Situation der Roma siehe Erin Jenne, The Roma of Central and Eastern Europe: Constructing a Stateless Nation, in: Jonathan P. Stein (Hrsg.), *The Politics of National Minority Participation in Post-Communist Europe*. Armonk/London 2000, S. 189-212.

<sup>35</sup> Vgl. Michael Shafir, Radical Politics in East Central Europe, Part VII: Bulgaria's Radical Transfigurations, in: *RFE/RL East European Perspectives*, Jg. 2, Nr. 15, 2.8.2000 oder Tom Gallagher, *Romania After Ceauşescu. The Politics of Intolerance*, Edinburgh 1995.

Dimensionen Ideologie/Nationalismus und Modernisierung/Transformation zu betrachten. Mithilfe von Variablen aus diesen beiden Dimensionen soll ein Analysemodell erarbeitet werden, mit dem die regionalen Unterschiede bei der Verbreitung rechtsradikaler Parteien, Bewegungen und Milieus erfasst werden können. "Gelegenheitsstrukturen" sind dabei "konsistente, aber nicht notwendigerweise formale oder dauerhafte Dimensionen der politischen [und sozialen] Umwelt, an der Akteure ihr kollektives Handeln orientieren, da dadurch die Erwartungen an Erfolg oder Mißerfolg des Handelns beeinflusst werden".<sup>36</sup> Gelegenheitsstrukturen bieten damit gewissermaßen Ressourcen für kollektives Handeln, die jedoch außerhalb der Verfügungsgewalt der Akteure liegen. Dadurch unterscheiden sich Gelegenheitsstrukturen von Institutionen (z.B. Wahlsystemen), Regimestrukturen (z.B. Föderalismus) oder bestimmten Normen und Gesetzen (z.B. Antirassismugesetze).

### **Historisch-kulturelle Gelegenheitsstrukturen: *Nation-building* und Nationalismus**

Der nationalistische Mythos im rechtsradikalen Diskurs besteht darin, dass in der Konstruktion nationaler Zugehörigkeit spezifische rassistische, ethnisch-kulturelle und politische Ausgrenzungskriterien verschärft und zu kollektiven, anti-individualistischen und anti-universalistischen Homogenitätstheorien verdichtet wurden. Diese Radikalisierung des "Wir-Gefühls" resultiert darin, dass die subjektive Komponente des Nationsverständnisses (im Sinne Renans) zugunsten "objektiver" Kriterien (im Sinne Herders) prinzipiell unterlaufen wird.<sup>37</sup>

Welchen Rang nehmen die Nation und das Verhältnis von Nation und Demokratie jedoch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa überhaupt ein? In vielen westlichen Nationsbildungsprozessen stand am Beginn des modernen Nationalstaats eine erfolgreiche bürgerliche Revolution, und als Ergebnis davon sind Nationsverständnis und Demokratiedanke eng miteinander verknüpft. Die Geschichte des heute postsozialistischen Europa ist dagegen die Geschichte der verhinderten und verspäteten Nationalstaaten. Fast die gesamte Region war zum Zeitpunkt der Konsolidierung der westlichen Nationalstaaten im Kontext der Industriellen Revolution von multinationalen Reichen beherrscht: dem Habsburgerreich, dem Russischen Reich und dem Osmanischen Reich.<sup>38</sup> Für Mittel- und Osteuropa hatte der "Völkerfrühling" von 1848 die Konsequenz, das Selbstbestimmungsrecht zu thematisieren, ohne dass es auf der individuellen und kollektiven Ebene eingelöst wurde. Mit wenigen Ausnahmen mussten die meisten anderen Nationen auf ihren Nationalstaat erst bis zum Zusammenbruch der drei großen Reiche warten, der beim Osmanischen Reich in Teilen schon etwas früher (1881 Rumänien, 1882 Serbien, 1908 Bulgarien), beim Russischen und Habsburgerreich am Ende des 1. Weltkrieges eintrat (Polen, Tschechoslowakei und Ungarn 1919).

Damit wird klar, dass sich in weiten Teilen der Region wie auch vorher schon im Falle Italiens und Deutschlands die Herausbildung von Nationalbewusstsein ohne Staat vollzog und sich somit ein ethnischer oder kultureller Nationsgedanke in den Vordergrund schob. In der bekannten Un-

---

<sup>36</sup> Sidney Tarrow, *Power in Movement*. Cambridge 1994, S. 85. Siehe auch Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und die USA im Vergleich*. Frankfurt (Main) 1994, S. 294ff.

<sup>37</sup> Vgl. Minkenberg 1998, S. 361.

<sup>38</sup> Jenő Szűcs, *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt, 1990.

terscheidung von politischer, Kultur- und ethnischer Nation<sup>39</sup> sind viele Staaten der Region daher dem Typus der Kulturnation zuzuordnen.<sup>40</sup> In Kulturnationen dominiert der Glaube an kulturelle (z.B. religiöse) Charakteristika der Nation unabhängig von deren politischen Gefüge. Von diesem Muster weichen allerdings einige Staaten ab, in denen sich im vergangenen Jahrhundert aufgrund von Teilungen, Einverleibungen oder Gebietsverlusten ein vorwiegend ethnisch, d.h. vom Glauben an biologische Grundlagen geprägtes Nationalbewußtsein entwickelt hat.

Ob sich in den einzelnen Staaten des postsozialistischen Europa ein kulturelles oder ein ethnisches Nationsverständnis entwickelt hat, hat zunächst keinen Einfluss auf den Umfang des rechtsradikalen Mobilisierungspotentials. Für den Charakter rechtsradikaler Gruppierungen ist der Unterschied dennoch von Bedeutung. In Gesellschaften, in denen nationale Zugehörigkeit per Geburt erworben wird, kristallisieren sich Konflikte um die Gültigkeit von Ausschlußmechanismen. Es werden also nicht zuletzt rechtliche Fragen verhandelt, was insbesondere rechtsradikale Parteien vor die Frage stellt, ob sie ihre Ziele über Mitwirkung oder Fundamentalopposition erreichen möchten. Eine Folge kann die Auffächerung des Spektrums in vergleichsweise moderate Parteien und radikalere, evtl. gewalttätige, Bewegungen und Milieus sein. In Kulturnationen hingegen können sich Parteien und Bewegungen von der Formulierung nationalistischer Standpunkte Abgrenzungsgewinne gegen das Establishment erhoffen.

Weiterhin ist für das östliche Europa – ganz im Gegensatz zum westlichen – festzuhalten, daß Nationsbildungsprozesse, die Existenz nationaler Minderheiten sowie das Vorhandensein externer nationaler Gebiete eine "Triade" eingehen.<sup>41</sup> Sowohl nationale Minderheiten als auch externe nationale Gebiete können rechtsradikale Mobilisierung anheizen. Bei der Existenz starker und kompakt siedelnder Minderheiten entstehen gewissermaßen "reale" radikalierungsfähige Konflikte um den Status der Minderheitensprache, um das Bildungssystem und andere Minderheitenfragen. Externe nationale Gebiete<sup>42</sup> spielen in der Argumentation vor allem dann eine Rolle, wenn sich die außerhalb der Staatsgrenzen lebenden Angehörigen einer Nation – etwa die Ungarn in Rumänien – dieser mindestens in ihrer ethnischen oder kulturellen Identität als zugehörig empfinden. Da alle Staaten des postsozialistischen Europa der Doktrin unveränderbarer Staatsgrenzen folgen, bietet sich für radikale Kräfte eine ideale Spielwiese gegen das politische Establishment. Wie politische Entwicklungen in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und weiteren Staaten zeigen, haben sich um minderheitenrelevante Themen wie das versuchte Verbot von Minderheitenparteien, Staatsbürgerschafts-, Bildungs- und Sprachengesetze sowie Auseinandersetzungen um regionale Autonomie auch die Konsolidierung der Demokratie behindert.<sup>43</sup>

---

<sup>39</sup> Vgl. Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaats*. München 1908. Siehe auch Peter Alter, *Nationalismus*. Frankfurt/Main 1985.

<sup>40</sup> Konkrete Zuordnungen der einzelnen Staaten werden im folgenden Abschnitt unternommen.

<sup>41</sup> Rogers Brubaker, *Nationalism reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*. Cambridge 1996.

<sup>42</sup> Brubaker spricht hier von "external homelands" (siehe vorherige Fußnote).

<sup>43</sup> Siehe hierzu Jonathan Stein, *The Politics of National Minority Participation in Post-Communist Europe*. Armonk/London 2000.

## Regimewechsel und politische Transformation

In westlichen Demokratien postindustrieller Gesellschaften kann sowohl der Nationsbildungs- als auch der Demokratisierungsprozess als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden. Der neue Rechtsradikalismus trägt dem dadurch Rechnung, dass im Unterschied zur Zwischen- und unmittelbaren Nachkriegszeit mit wenigen Ausnahmen die Regimefrage nicht mehr gestellt, die demokratische Verfassung auch von Rechtsradikalen im Prinzip akzeptiert wird, wengleich sie in Richtung Ethnokratie neu interpretiert wird.

Im Unterschied dazu kann in Mittel- und Osteuropa zunächst unterschieden werden zwischen Staaten, in denen der Konflikt um die Grundausrichtung des Regimes entschieden ist, und solchen, in denen um die Ausgestaltung des politischen Regimes in grundsätzlicher Manier gestritten wird. Zur erstgenannten Gruppe gehören fast alle mitteleuropäischen Staaten. Außerhalb dieser Binnenregion sind Urnengänge bis heute fast überall mit grundsätzlichen Richtungsentscheidungen verbunden. Damit kann zwischen Staaten mit überwundenem und solchen mit nicht überwundenem Regimekonflikt unterschieden werden.<sup>44</sup> Allerdings hat sich auch innerhalb der Gruppe der konsolidierteren Regime noch keine stabile demokratiestützende politische Kultur entwickelt. Die Bevölkerungen des östlichen Europas gelten nach wie vor als wesentlich autoritätsfixierter,<sup>45</sup> und allenfalls in der Tschechischen Republik kann man von Ansätzen einer demokratieausgerichteten Bürgerkultur sprechen.<sup>46</sup>

Neben Unterschieden bei der heutigen Regimeform fallen auch Unterschiede bei der Regimeentwicklung zu sozialistischen Zeiten ins Auge. In allen sozialistischen Staaten gab es Tendenzen, die stets schwache Legitimität der Regimes durch den Bezug auf nationale Themen zu verbessern. In der Tschechoslowakei und der DDR hatte dies jedoch eher episodenhaften Charakter, während z.B. in Polen, der Sowjetunion und Ungarn die nationale Karte vergleichsweise stärker gespielt wurde, in den sechziger Jahren sogar mit antisemitisch gefärbten Kampagnen. In Rumänien und Jugoslawien setzte man sich sogar gegen die sozialistischen Bruderländer ab, womit insbesondere der Vormachtanspruch der Sowjetunion angefochten wurde.

Heute hat das die Folge, daß rechtsradikale Akteure in einigen Ländern nationalistische Positionen mit dem Regimekonflikt verknüpfen können. Wenn national-kommunistische Traditionen weiterhin einen Effekt haben, besteht eine immanente Tendenz zur ideologischen Nähe von postkommunistischen und nationalistischen Kräften.<sup>47</sup> Rechtsradikale Gruppierungen schätzen an der sozialistischen Epoche, daß wenigstens zeitweise die Gemeinschaft der (ethischen oder kulturellen) Nation als Grundlage des Staatswesens beschworen wurde. Postkommunistische Gruppierungen in Ländern mit nicht überwundenem Regimekonflikt verbleiben einfach auf der

---

<sup>44</sup> Timm Beichelt, Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen 2001, S. 179-202.

<sup>45</sup> Ronald Inglehart, Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies, Princeton 1997.

<sup>46</sup> Vgl. Jörg Jacobs / Gert Pickel, Subjektive Legitimität - Die Sicht der Bevölkerung auf den Rechtsstaat und die Bedeutung dieser Sicht für die Konsolidierung der osteuropäischen Transformationsstaaten zehn Jahre nach dem Umbruch, in: Welttrends, Jg. 3 (2001), im Druck.

<sup>47</sup> Siehe hierzu auch John T. Ishiyama, Strange bedfellows: explaining political cooperation between communist successor parties and nationalists in Eastern Europe, in: Nations and Nationalism, Jg. 4 (1998), S. 61-85.

Traditionslinie des "kommunistischen Nationalismus"<sup>48</sup>. Scharf davon unterscheidet sich die Situation, in der nominell postkommunistische Bewegungen und vor allem Parteien heute eher sozialdemokratische Positionen vertreten. Dies ist zum einen in Ländern zu beobachten, in denen es nationalistische Legitimationsversuche zu sozialistischen Zeiten nicht so stark gegeben hat (Tschechien, neue Bundesländer). Zum anderen hat z.B. in Polen, Ungarn oder dem Baltikum der Elitenkonsens zur Westintegration einen starken Druck auf die Nachfolgeparteien ausgeübt, sich programmatisch zu reformieren.

Ob der Regimekonflikt gelöst ist, stellt ein entscheidendes Merkmal der Konfliktstruktur der postsozialistischen Gesellschaften dar. Für die Erklärung des Rechtsradikalismus ist sie aber natürlich nicht die einzige. In Westeuropa war es vor allem die neue "post-industrielle" Konfliktdimension der "Neuen Politik" mit den neuen sozialen Bewegungen und Parteien der Neuen Linken auf der einen und der neokonservativen Reaktion sowie den etablierten Parteien auf der anderen Seite, die den politischen Raum für neue rechtsradikale Akteure geöffnet hatte.<sup>49</sup> Auf die "stille Revolution" des postmaterialistischen Wertewandels<sup>50</sup> der neuen sozialen Bewegungen und linkslibertärer Parteien folgte die "stille Gegenrevolution", eine materialistische und autoritäre Reaktion rechter Parteien und Bewegungen.<sup>51</sup>

Im postsozialistischen Europa spielen sich die für den Rechtsradikalismus relevanten Konflikte jedoch nicht in dieser Sphäre der "Neuen Politik", sondern eher in altbekannten Bereichen ab. Bereits mit Hilfe der groben Unterscheidung zwischen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Konflikten lassen sich Hypothesen über den Umfang objektiver und subjektiver Modernisierungsverlierer – die ihrerseits das Reservoir für rechtsradikale Mobilisierung darstellen – bilden. Die sozio-ökonomischen Konflikte sind besonders im östlichen Europa aufgrund der tiefen Wirtschaftskrise ausgeprägt. Die hohen Transformationskosten generieren objektive und subjektive Modernisierungsverlierer, die die Zuflucht in vereinfachten Deutungsmustern und populistischen Losungen finden können. Die Zahl der objektiven Modernisierungsverlierer läßt sich zwar kaum direkt ermitteln. Makroökonomische Bezugsgrößen wie Tiefe des Wirtschaftseinbruchs, die Nachhaltigkeit des Wachstums nach Überwindung der Krise, Arbeitslosenquoten oder die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung können dennoch Anhaltspunkte über die Modernisierungskosten geben.<sup>52</sup>

In der soziokulturellen Dimension stehen sich eine liberal-weltoffene und eine konservativ-abschirmende Weltsicht gegenüber. Das hat, wie bereits erwähnt, dort Auswirkungen auf die

---

<sup>48</sup> Stephen Shenfield, *Russian Facism: Traditions, Tendencies and Movements*. New York 2000, S. 81.

<sup>49</sup> Vgl. Kitschelt 1995, Kap. 1, Minkenberg 1998, Kap. 6.

<sup>50</sup> Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton 1977.

<sup>51</sup> Ignazi 1992.

<sup>52</sup> Die Daten finden sich z.B. in den Jahresberichten der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Für Einkommensverteilung vgl. Branko Milanovic, *Income, Inequality, and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy*. Washington, D.C. 1998. Da sich – unter anderem wegen der zweifelhaften Validität vieler Daten – kein allgemein akzeptierter Indikator für die Höhe von Transformationskosten durchgesetzt hat, verwenden wir für den Zusammenhang dieser Studie das Wirtschaftswachstum seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes. Dem liegt der Gedanke zugrunde, über das Wachstum lasse sich die Dynamik des Arbeitsmarkts und damit die Chancen zum Entrinnen der Modernisierungsverliererfalle mittelbar erfassen.

Strategien rechtsradikaler Akteure, wo regionale Subkulturen und ethnische oder kulturelle Minderheiten integriert werden müssen. Jedoch geben noch weitere Determinanten der kulturellen Grundausstattung von Gesellschaften Hinweise auf das Mobilisierungspotential. Zum Beispiel ist der soziokulturelle Wandel dort besonders groß, wo der Prozeß der Entkirchlichung besonders intensiv vorangetrieben wurde. In Ländern wie Rumänien und besonders Polen spielt der Kirchgang nach wie vor eine große Rolle, während in Ländern wie Tschechien die Lebenswelt fast überhaupt keine religiöse Dimension mehr aufweist.<sup>53</sup> Nicht nur die Intensität von Konflikten zwischen säkularisierten und religiösen Gruppen, sondern vor allem das Tempo soziokulturellen Wandels spielt hier eine Rolle. Insgesamt gilt auch hier die Hypothese, das Potential zur Mobilisierung rechtsradikaler Kräfte steige mit der Tiefe des Modernisierungsprozesses.

## Ansätze eines Erklärungsmodells

Unter Berücksichtigung des bisher Gesagten können nun Erklärungen für das Ausmaß und den Charakter an Rechtsradikalismus im postsozialistischen Europa versucht werden. Wegen der gemeinsamen Erfahrung des Übergangs sozialistischen Regimes ist auf der einen Seite zu erwarten, daß das Phänomen in den einzelnen Ländern ähnliche Züge aufweist. Auf der anderen Seite impliziert die Betrachtung von Gelegenheitsstrukturen die Erwartung einer unterschiedlichen Ausprägung des Rechtsradikalismus.

Wenn wir uns in Tabelle 2 zunächst erwartbaren Ausmaß an Rechtsradikalismus – also dem Mobilisierungspotential – zuwenden, ergibt sich für die ausgewählten sechs Staaten ein differenziertes Bild. In Polen und Tschechien sind die Transformationskosten sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Art im Regionalvergleich unterdurchschnittlich,<sup>54</sup> ebenso wie die an die Nation gebundenen historisch-kulturellen Kontextbedingungen wenig mobilisierungsrelevant erscheinen. Am anderen Ende des Spektrums fallen Bulgarien, Rumänien und Rußland durch ein hohes Mobilisierungspotential in beiden Dimensionen auf.

Tabelle 2: Mobilisierungspotential für Rechtsradikalismus in Ländern des postsozialistischen Europa

---

<sup>53</sup> Vgl. Gert Pickel, Religiosität und Kirchlichkeit in Ost- und Westeuropa, in Detlef Pollack / Irena Borowik / Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.) Religiöser Wandel in den postkommunistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas. Würzburg 1998, S. 55-85, insbesondere Abb. 4 (Vertrauen in die Kirche) auf S. 67 und Abb. 5 (Kirchgang in Europa 1990–1995) auf S. 70. Ergänzend dazu weisen die Daten des World Values Survey von 1995-1997 darauf hin, dass Russland, Rumänien und Bulgarien sich im unteren Bereich, Polen, Ungarn und Tschechien sich dagegen im mittleren Bereich einer Werteskala mit den Polen „materialistische Überlebenswerte“ und „post-materialistische Werte der Lebensqualität“ („survival/well-being values“) befinden, vgl. Ronald Inglehart, Modernization and the Persistence of Traditional Value Systems: Empirical Evidence from 61 Societies, unveröff. Ms., Ann Arbor 1998, S. 6.

<sup>54</sup> Wie bereits erwähnt, muß jedoch durch die Besonderheit der multiplen Transformation davon ausgegangen werden, daß in allen Ländern des postsozialistischen Europa eine hohe Modernisierungsdynamik und demnach ein hohes Grundpotential für rechtsradikale Mobilisierung besteht.

	Modernisierungsrelevante Konflikte		Historisch-kulturelle Kontextbedingungen	
	sozio-ökonomische Transformationskosten (a)	sozio-kulturelle Modernisierung (b)	Existenz einer nationalen Minderheit (c)	Externe territoriale Gebiete
Bulgarien	Sehr hoch	Fortgeschritten	Ja	Nein
Poland	Hoch	Wenig fortgeschr.	Nein	Nein
Rumänien	Sehr hoch	Wenig fortgeschr.	Ja	Ja
Russland	Sehr hoch	Fortgeschritten	Ja	Ja
Tschechien	Hoch	Fortgeschritten	Nein	Nein
Ungarn	Hoch	Fortgeschritten	Ja	Ja

- a) Gemessen über den Indikator des Wirtschaftswachstums seit dem Zusammenbruch des Sozialismus.
- b) Gemessen über Kirchengangshäufigkeit: „fortgeschritten“ bedeutet weniger als durchschnittlich zehn Kirchgänge im Jahr.<sup>55</sup>
- c) Mindestens drei Prozent der Bevölkerung, kompakt siedelnde Minderheit.<sup>56</sup> Die Minderheitsethnieen sind in Bulgarien: Türken, Rumänien: Ungarn und Roma, Rußland: Tataren, Ungarn: Roma.

Ansätze für die Verifizierung dieser Modellhypothesen finden sich in den weiteren Beiträgen dieses Hefts. Der Forschungsstand läßt umfassende Überprüfungen lediglich für Parteien und Parteiensysteme zu.<sup>57</sup> Dieses Verfahren ist allerdings in sich unvollständig, da sich ein bestehendes Mobilisierungspotential nicht notwendigerweise in der Existenz von Parteien niederschlagen muß, sondern auch in starke Bewegungen oder ausgeprägte rechtsradikale Milieus münden kann. In einem groben Überblick kann festgestellt werden, daß bei manchen Ländern, z.B. Rumänien und Rußland, ein hoher Grad an Mobilisierungspotential mit einem hohen Grad an öffentlich wahrnehmbaren Rechtsradikalismus einhergeht. Ähnliches gilt anders herum etwa für Tschechien und Ungarn, wo weniger günstige Mobilisierungsbedingungen herrschen und rechtsradikale Tendenzen im Vergleich deutlich schwächer sind. Auf der anderen Seite fallen Bulgarien und Polen auf. In Bulgarien gibt es trotz hohen Potentials wenig mobilisierten Rechtsradikalismus, und in Polen ist es umgekehrt. Dies führt noch nicht zur Widerlegung unseres Modells. Es wird jedoch zukünftig genau zu klären sein, ob in diesen beiden Ländern tatsächlich entsprechende zusätzliche Kontextbedingungen zu finden sind, die die Prognose des Modells plausibel

<sup>55</sup> Vgl. Pickel 1998, S. 70.

<sup>56</sup> Wegen seines Charakters als Vielvölkerstaat leben in vielen Teilgebieten der Russischen Föderation starke lokale ethnische Minderheiten. Nominell machen jedoch nur die Tataren einen Bevölkerungsanteil von mehr als 3% (nämlich 4.0%, vgl. Christoph Pan / Beate Pfeil, Die Volksgruppen in Europa, Wien 2000, S. 142) aus.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu Michael Minkenberg / Timm Beichelt, Explaining the Radical Right in Transition: Theories of Right-wing Radicalism and Opportunity Structures in Post-socialist Europe. Präsentiert auf der 97. Tagung der American Political Science Association (29.8.-2.9.2001) in San Francisco.

relativieren. Aus dem Beitrag von Katharina Stankiewicz in diesem Heft läßt sich herauslesen, daß die ideologische Nähe wichtiger Akteure der Systemtransformation – innerhalb der katholischen Kirche und der Gewerkschaft *Solidarność* – zum nationalistischen Zwischenkriegspolitiker Roman Dmowski eine solche Kontextbedingung sein könnte.

Auch hinsichtlich des erwartbaren Charakters von Rechtsradikalismus im postsozialistischen Europa lassen sich Hypothesen bilden. Hier waren zwei beeinflussende Faktoren identifiziert worden: der Nationstyp und die Überwindung des Regimekonflikts nach 1989/1991. Für Kulturnationen war eine stärkere Einheit des rechtsradikalen Spektrums angenommen worden, während in ethnischen Nationen ein deutlicheres Auseinanderdriften von Parteien und Bewegungen sowie Milieus unterstellt wurde. Weiterhin war argumentiert worden, bei nicht überwundenem Regimewechsel verfügten rechtsradikale Kräfte in einigen Ländern über erweiterte, nämlich auf das national-kommunistische Regime bezogene Legitimationsmuster. Setzt man die beiden Aspekte zueinander in Beziehung, ergeben sich unterschiedliche Charaktereigenschaften des Rechtsradikalismus (siehe Tabelle 3).<sup>58</sup>

Tabelle 3: Charakter des Rechtsradikalismus im postsozialistischen Europa

		Regimekonflikt überwunden	
		Ja	Nein
Nationstyp	ethnische Nation	Tschechien (1) Ungarn	Rumänien (2)
	Kulturnation	Polen (3)	Bulgarien (4) Russland

Demnach scheint folgerichtig, daß der Rechtsradikalismus in Tschechien und Ungarn (Feld 1 der Tabelle) vor allem durch ideologische Bezüge ethnozentrischer oder rassistischer Art charakterisiert ist.<sup>59</sup> Gibt es doch historische Bezüge wie z.B. bei der ungarischen *Lebens- und Wahrheitspartei* (MIÉP), sind diese trotz der auf die soziale Gemeinschaft gerichteten Politik der sozialistischen Periode antikommunistisch geprägt. In Tschechien und Ungarn läßt sich auch die aus westlichen Demokratien bekannte Gratwanderung rechtsradikaler Politiker beobachten, die sich auf der einen Seite gewalttätigen Milieus abgrenzen müssen, auf der anderen Seite jedoch an formelle und informelle Unterstützung aus dem Bewegungs- und Milieusektor angewiesen sind.

<sup>58</sup> Die Zuordnung für die Überwindung des Regimekonflikts übernehmen wir aus Timm Beichelt, *Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen*. Opladen 2001. Für die Einordnung des Nationstyps siehe die entsprechenden Ausführungen in folgenden Publikationen: Holger Fischer, *Eine kleine Geschichte Ungarns*. Frankfurt/Main 1999; Norman Davies, *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*. München 2000; Ekkehard Völkl, *Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. Regensburg 1995; Frank Golczewski / Gertrud Pickhan: *Russischer Nationalismus*. Göttingen 1998; Hans-Joachim Härtel / Roland Schönfeld, *Bulgarien*. München 1998. Carol Skalik Leff, *The Czech and Slovak Republics. Nation Versus State*. Boulder 1997.

<sup>59</sup> Siehe die Beiträge von Andreas Bock und Kerstin Strauß in diesem Heft.

Beim Zusammentreffen einer ethnischen Nation mit einer nicht vollständig konsolidierten Demokratie wie in Rumänien (Feld 2) ist diese Trennlinie wesentlich schwächer. Die Protagonisten der *Großrumänischen Partei* (PRM) haben recht offene Verbindungen auch zu den extremen Kräften des rechtsradikalen Spektrums, z.T. bestehen personelle Durchdringungen. Gleichzeitig eröffnen sich durch die nationalkommunistische Tradition breite historische Bezugspunkte sowohl in der faschistischen wie in der sozialistischen Periode. Hinsichtlich der PRM wird daher die These der "radikalen Kontinuität" des rumänischen Rechtsradikalismus – eines Rechtsradikalismus mit deutlich stärker historischen als ideologischen Bezügen – aufgestellt.<sup>60</sup>

In Kulturnationen haben rechtsradikale Kräfte einen geringeren Spielraum beim Streit um In- und Exklusionsmechanismen der Nationalität. Die Exklusivität der Nation wird daher häufig durch deren Überhöhung herausgestrichen. Besonders in Polen und Rußland ist dieses Phänomen seit dem späten 19. Jahrhundert zu beobachten. Unterschiede zwischen den Rechtsradikalen beider Länder bestehen jedoch nicht nur durch die – historisch bedingte – unterschiedliche ideologische Ausrichtung.<sup>61</sup> Durch die Überwindung des Regimekonflikts bleibt die polnische radikale Rechte (Feld 3 der Tabelle) auf die Ideologie der Vorkriegszeit beschränkt,<sup>62</sup> während die nationalkommunistische Epoche trotz mancher möglicher Anknüpfungspunkte keine positiven Bezüge bietet. In Rußland (Feld 4) dagegen ist das Paradebeispiel für ein Nebeneinander von Anlehnungen an sowohl den Zarismus als auch den (National-)Kommunismus. Das im gleichen Feld plazierte Bulgarien fällt erneut aus dem Rahmen. Vordergründig ist mit der Übernahme des Premierministerpostens durch den ehemaligen Monarchen Simeon II. von Sachsen-Coburg-Gotha ein historisch motivierter Wunsch radikaler Rechte in Erfüllung gegangen.<sup>63</sup> Der Kurs des sich bürgerlich gebenden Simeon Sakschoburggotski ist sich jedoch bislang ausgesprochen proeuropäisch und weist keinerlei rechtsradikale Elemente auf.

## Schluß

Unsere Ausführungen haben ergeben, daß mit einem komparativen Ansatz Erkenntnisse über das Wesen des Rechtsradikalismus gewonnen werden können, die über die Ergebnisse von Fallstudien hinausgehen. Der Ausgangspunkt der Analyse, der rasche soziale Wandel als Folge sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Modernisierung, ist allen Ländern des postsozialistischen Europa gemeinsam. Weitere Determinanten der Bildung von Rechtsradikalismus unterscheiden sich jedoch von Land zu Land. Um den unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden, wurde daher das Vergleichsinstrument der Analyse von Gelegenheitsstrukturen eingeführt. Damit fiel der Blick auf ein Element, welches in Untersuchungen von Rechtsradikalismus in westlichen Demokratien keine Rolle spielt, nämlich die Hinterlassenschaft des Nationalkom-

---

<sup>60</sup> Siehe den Beitrag von Michaela Grün in diesem Heft.

<sup>61</sup> Gemäß der obigen Ausführung ist die polnische rechtsradikale Rechte eher religiös-fundamentalistisch, die russische ethnozentrisch geprägt.

<sup>62</sup> Siehe den Beitrag von Katharina Stankiewicz in diesem Heft.

<sup>63</sup> Vgl. John D. Bell, *The Radical Right in Bulgaria*, in: Sabrina Petra Ramet (Hrsg.): *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Pennsylvania 1999, S. 237.

munismus in vielen Ländern des östlichen Europa.

Weiterhin wurde deutlich, daß für eine umfassende Beurteilung des Phänomens nicht genügend Erkenntnisse vorhanden sind, besonders was den Bewegungssektor und soziale Milieus angeht. Daher können die Hypothesen des hier aufgestellten Modells beim gegenwärtigen Forschungsstand nur unzureichend getestet werden. Weitere Beiträge dieses Heftes, allesamt an der Europa-Universität Viadrina entstanden, können die bestehenden Forschungslücken nur zum Teil füllen. Bis wir über ein ausgewogenes Bild des Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaft verfügen, wird noch einige Zeit ins Land gehen.